S 10 BL 5/99

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

Sachgebiet Entschädigungs-/Schwerbehindertenrecht

Abteilung 15 Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 10 BL 5/99 Datum 17.10.2000

2. Instanz

Aktenzeichen L 15 BL 10/00 Datum 29.11.2001

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung des Kl \tilde{A} xgers gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Bayreuth vom 17.10.2000 wird zur \tilde{A} xckgewiesen.
- II. AuA

 ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Dem Kläger werden Kosten (§ 192 SGG) in Höhe von DM 500,00 auferlegt.
- IV. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Zwischen den Beteiligten streitig, ob der Kläger gemäÃ□ Art.1 Abs.2 Satz 2 des Bayerischen Blindengeldgesetzes (BayBlindG) als blind zu gelten hat und ihm deshalb monatliches Blindengeld zusteht.

Mit Schreiben vom 06.11.1998 beantragte der Kläger diese Leistungen beim Beklagten. Der Beklagte zog einen Bericht der Augenärztin Dr.R. vom 02.12.1998 bei und veranlasste die Erstellung eines versorgungsärztlichen Gutachtens durch die Augenärztin Dr.G â□¦ In ihrem Gutachten vom 14.02.1999 verneinte die Sachverständige das Vorliegen von Blindheit beim Kläger.

Mit Bescheid vom 17.02.1999 lehnte es der Beklagte daraufhin ab, dem Kläger

Blindengeld zu gewĤhren. Den Widerspruch des KlĤgers, dem ein Attest der Dr.R. vom 12.03.1999 beigefļgt war, wies der Beklagte nach Einholung einer versorgungsĤrztlichen Stellungnahme (Neurologe/Sozialmediziner Dr.K. vom 19.04.1999) mit Widerspruchsbescheid vom 06.05.1999 zurļck.

Dagegen hat der Klå¤ger am 04.06.1999 Klage zum Sozialgericht Bayreuth erhoben und die Gewå¤hrung von Blindengeld ab November 1998 beantragt: Aufgrund des bei ihm bestehenden Diabetes mellitus habe sich sein Augenlicht seit 1984 stå¤ndig verschlechtert. Bereits im Dezember 1998 habe sein Visus auf dem rechten Auge lediglich 0,5/50 und auf dem linken Auge 1/50 betragen. Die Voraussetzungen få½r das Vorliegen von Blindheit im Sinne des BayBlindG seien damit erfå½llt. Der Klå¤ger hat ein dies bestå¤tigendes Attest der Dr.R. vom 06.08.1999 sowie einen Bericht der augenå¤rztlichen Ambulanz beim Klinikum Nå¾rnberg vom 01.12.1999 vorgelegt.

Das Sozialgericht hat Berichte der AugenĤrztinnen Dr.K. und Dr.R. vom 28.09./01.10.1999 sowie ein von der AugenĤrztin Dr.K. am 06.03./31.07.2000 erstattetes Gutachten eingeholt. Die SachverstĤndige verneinte das Vorliegen von Blindheit, weil der Visus auf beiden Seiten mindestens 1/35 betrage, kein Zentralskotom vorliege und der KlĤger sich im Ã□brigen sicher in den (fremden) Praxisräumen bewege.

Der Kläger hat sich hierzu unter Vorlage von weiteren Berichten/Attesten des Klinikums NÃ⅓rnberg (augenärztliche Ambulanz) und der Dr.R. geäuÃ∏ert.

Mit Gerichtsbescheid vom 17.10.2000 hat das Sozialgericht die Klage abgelehnt. In der Begr \tilde{A}^{1} /4ndung st \tilde{A}^{1} /4tzte es sich auf die gutachtlichen Ausf \tilde{A}^{1} /4hrungen der Sachverst \tilde{A} ×ndigen Dr.K.; den von Dr.R. best \tilde{A} ×tigten Visus von maximal 1/50 auf dem besseren Auge hielt das Gericht nicht f \tilde{A}^{1} /4r ausreichend bewiesen.

Gegen dieses Urteil hat der Kläger â□□ ohne weitere Begrþndung â□□ Berufung zum Bayerischen Landessozialgericht eingelegt.

Der Senat hat auf Antrag des KlĤgers (§ 109 Sozialgerichtsgesetz -SGG-) ein Gutachten von dem Augenarzt Prof.Dr.K. (Klinikum Nürnberg) eingeholt. In seinem Gutachten vom 27.08./17.09.2001 vertrat der Sachverständige die Auffassung, dass der Visus des KlĤgers entgegen dessen Angaben auf dem rechten Auge besser sei als 1/50 und insgesamt Blindheit noch nicht vorliege.

Der Kläger hat sich hierzu schriftsätzlich am 16.11.2001 unter Vorlage eines Attestes der Dr.R. vom 09.11.2001 geäuÃ∏ert.

Der KlĤger beantragt,

den Beklagten unter Aufhebung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Bayreuth vom 17.10.2000 und des Bescheides/Widerspruchsbescheides vom 17.02./06.05.1999 zu verurteilen, ihm ab 01.11.1998 Blindengeld zu gewĤhren.

Der Beklagte beantragt,

die Berufung zurĽckzuweisen, weil das angefochtene Urteil der Sach- und Rechtslage entspreche.

Im Ã\[]brigen wird zur Erg\(\tilde{A}\)\nxnzung des Sachverhalts auf den Inhalt der vom Senat beigezogenen einschl\(\tilde{A}\)\nxgigen Akten des Beklagten (Blindengeld- und Schwerbehindertenakte) sowie auf die Gerichtsakten erster und zweiter Instanz Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung des Kl \tilde{A} ¤gers ist zul \tilde{A} ¤ssig (\hat{A} § \hat{A} § 143 , 151 SGG); sie ist jedoch nicht begr \tilde{A} 1 4ndet.

Wie der Beklagte und das Sozialgericht zutreffend entschieden haben, fehlt dem Klä¤ger weder das Augenlicht vollstä¤ndig (Art.1 Abs.2 Satz 1 BayBlindG) noch kann er im Sinne des Art.2 Abs.2 Satz 2 Nrn.1 oder 2 BayBlindG als blind gelten. Denn es ist nicht mit der erforderlichen "an Gewissheit grenzenden Wahrscheinlichkeit" (Vollbeweis) bewiesen, dass die Sehschä¤rfe auf dem besseren Auge des Klä¤gers nicht mehr als 1/50 beträ¤gt (Nr.1) oder bei ihm neben der Visusminderung Stä¶rungen des Sehvermä¶gens von einem solchen Schweregrad bestehen, dass sie einer Beeinträ¤chtigung der Sehschä¤rfe von maximal 1/50 auf dem besseren Auge gleichzuachten sind (Nr.2).

Dies ergibt sich aus den schlä¼ssigen und ã¾berzeugenden Ausfã¼hrungen der Sachverstã¤ndigen Dr.K. in ihrem Gutachten vom 06.03./31.07.2000. Danach betrã¤gt der Visus beider Augen mindestens 1/35. Auch besteht nach dem Ergebnis der Gesichtsfeldmessungen (Goldmann Projektionshalbkugelperimeter mit Testmarke III/4) weder ein Zentralskotom noch ist die konzentrische Einschrã¤nkung des Gesichtsfeldes so stark, dass sich nach den Richtlinien der Deutschen Ophtalmologischen Gesellschaft aus dem Zusammenwirken von Sehschã¤rfenbeeintrã¤chtigung und Gesichtsfeldeinschrã¤nkung Blindheit ergã¤be.

Bestätigt wird diese Beurteilung durch das Ergebnis des im Berufungsverfahren nach § 109 SGG erstatteten Gutachtens des Prof.Dr.K. vom 27.08./17.09.2001. Auch dieser Sachverständige hält die Voraussetzungen des Art.1 Abs.2 Satz 2 Nr.1 oder Nr.2 BayBlindG nicht fù⁄₄r erwiesen. Aus der Fähigkeit des Klägers, sich in unbekannter Umgebung frei zu bewegen und seine vor der Begutachtung abgestellten persönlichen Utensilien beim Verlassen des Raumes gezielt wieder aufzunehmen, resultiert zwingend ein Visus auf dem rechten Auge von deutlich besser als 1/50; nach den Ausfù⁄₄hrungen des Sachverständigen beträgt er mindestens 1/10 bis 1/20 (0,1 bis 0,05). Gesichtsfeldeinschränkungen von einem AusmaÃ□, dass sie in Kombination mit dem reduzierten Visus Blindheit bedingen könnten, sind nach der Beurteilung von Prof.Dr.K. ebenfalls nicht vorhanden. Prof.Dr.K. befindet sich damit im Ã□brigen auch in Ã□bereinstimmung mit der Sachverständigen Dr.G. (versorgungsärztlichen Gutachten vom 04.02.1999, das

im Wege des Urkundenbeweises verwertet wurde), die den Visus auf dem besseren Auge mit 1/15 bei einer \hat{a}_{\square} in der Kombination noch keine Blindheit bedingenden \hat{a}_{\square} Gesichtsfeldeinengung von $13\hat{A}^{\circ}$ \hat{a}_{\square} $22\hat{A}^{\circ}$ festgestellt hat.

Die von der behandelnden AugenĤrztin des KlĤgers (Dr.R.) ausgestellten Atteste â darunter auch die zuletzt vorgelegte Aufstellung der Untersuchungsbefunde seit 04.11.1998 â darunter au keinem anderen Ergebnis geführt. Die mitgeteilten Befunde erfüllen zwar die Anforderungen, die das BayBlindG für die Annahme von Blindheit aufstellt. Dass es sich bei ihnen aber um â dar im Sinne der Anforderungen des Vollbeweises â gesicherte Befunde handelt, wird in den vorgelegten Attesten in keiner Weise belegt. Im Hinblick auf die von den SachverstĤndigen Dr.K. und Prof.Dr.K. getroffenen Feststellungen betreffend die Schwierigkeiten, die bei der Mitarbeit des Klägers bei den augenärztlichen Untersuchungen aufgetreten sind, und die Diskrepanz zwischen dem Verhalten auà erhalb von Testsituationen (Sichzurechtfinden in fremden Praxisräumen etc.) und den Angaben bei den Sehtests, war dies aber unerlässlich.

Da nach alldem nicht erwiesen ist, dass beim Kläger augenärztliche Befunde vorliegen, welche die Voraussetzungen fýr die Annahme von Blindheit im Sinn des Art.1 Abs.2 Satz 2 BayBlindG erfÃ⅓llen, und die sogenannte "objektive Beweislast" (vgl. Meyer-Ladewig, Sozialgerichtsgesetz mit Erläuterungen, 6. Auflage, Rdnr.19a zu § 103) diesbezÃ⅓glich beim Kläger liegt, musste die Berufung des Klägers gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Bayreuth vom 17.10.2000 zurÃ⅓ckgewiesen werden.

Die Entscheidung über die auÃ□ergerichtlichen Kosten beruht auf § 193 SGG.

Der Senat hat dem KlĤger Gerichtskosten in Höhe von DM 500,00 auferlegt: GemäÃ∏ § 192 SGG kann das Gericht einem Beteiligten, der durch Mutwillen, Verschleppung oder Irreführung dem Gericht oder einem Beteiligten Kosten verursacht, diese im Urteil ganz oder teilweise auferlegen. Zur Auferlegung solcher "Mutwillenskosten" genügt es, wenn das Gericht aufgrund der Gesamtumstände zur Ã∏berzeugung gelangt, dass der Beteiligte die Aussichtslosigkeit des Rechtsstreits kennt und diesen trotzdem fortführt. Die Annahme von Mutwillen verlangt somit objektiv die Aussichtslosigkeit der Rechtsverfolgung und subjektiv die Kenntnis des Fehlens der Erfolgsaussicht. An das subjektive Tatbestandsmerkmal dürfen allerdings nicht zu hohe Anforderungen gestellt werden. Es genþgt, wenn das Gericht aufgrund der Gesamtumstände zu der Ã∏berzeugung gelangt, dass der Beteiligte oder sein Prozessbevollmächtigter die Aussichtslosigkeit der Rechtsverfolgung kennt und trotzdem den Prozess fortführt (LSG Schleswig in MDR 1979, 876).

Dies war hier der Fall. In der mÃ⅓ndlichen Verhandlung hat der Senat mit der Prozessbevollmächtigten (Unterbevollmächtigten) des Klägers alle rechtlichen und tatsächlichen Umstände, aus denen sich die UnbegrÃ⅓ndetheit der Berufung ergab, eingehend erörtert. Auch erfolgte ein ausdrÃ⅓cklicher Hinweis auf § 192 SGG. Der Senat ist aufgrund dieser Umstände der Ã□berzeugung, dass die Prozessbevollmächtigte des Klägers die Aussichtslosigkeit der weiteren

Rechtsverfolgung eingesehen und entgegen besserer Einsicht den Rechtsstreit fortgesetzt hat. Dass dies so war, ergibt sich auch aus der in der Niederschrift festgehaltenen Einlassung der ProzessbevollmĤchtigten des KlĤgers, dessen HauptbevollmĤchtigte hĤtten ihr im Rahmen der Erteilung der Untervollmacht die RĽcknahme der Berufung untersagt.

Im Hinblick auf die eindeutigen gutachtlichen Beurteilungen der gerichtlichen SachverstĤndigen Dr.K. und Prof.Dr.K., die von diesen getroffenen Feststellungen bezýglich der mangelhaften Mitarbeit des KlĤgers bei den Sehtests und das Fehlen jeglicher Einlassungen hierzu sowohl in den SchriftsĤtzen der BevollmĤchtigten des KlĤgers als auch in den augenĤrztlichen Attesten der Dr.R. geht der Senat im Ã□brigen davon aus, dass auch bei den Haupt-Prozessbevollmächtigten die Kenntnis der Aussichtslosigkeit der Rechtsverfolgung vorlag.

Bei der Entscheidung über die Höhe der Mutwillenskosten war zu berücksichtigen, dass unnötige Kosten insbesondere hinsichtlich der schriftlichen Abfassung des Urteils entstanden sind. Dem Kläger wurde deshalb die Erstattung von Gerichtskosten auferlegt. Die der staatlichen Verwaltung und der Rechtsprechung durch die mutwillige Fortsetzung des Prozesses entstandenen Kosten hat der Senat in entsprechender Anwendung der §Â§ 202 SGG, 287 ZPO geschätzt. Dabei ist er davon ausgegangen, dass bereits Ende 1973 für die Tätigkeit eines Richters einschlieÃ∏lich der notwendigen Hilfskräfte pro Stunde durchschnittliche Kosten von DM 200,00 veranschlagt wurden (vgl. LSG Schleswig a.a.O.). Heute liegen diese Kosten deutlich höher (vgl. Meyer-Ladewig, a.a.O., Rdnr.9a zu § 192). Wenn der Senat dem Kläger an zu erstattenden Gerichtskosten lediglich einen Betrag von DM 500,00 auferlegt hat, so stellt dies angesichts der für die schriftliche Absetzung des Urteils unter Berücksichtigung des Senatsprinzips erforderlichen Zeit nur einen Bruchteil der durch den Mutwillen des Klägers tatsächlich verursachten Kosten dar.

Fýr die Zulassung der Revision bestand kein Anlass, weil die Voraussetzungen des <u>§ 160 Abs.2 Nrn</u>.1 bis <u>2 SGG</u> nicht vorliegen.

Erstellt am: 24.09.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024